

Kleinhenz, Gerhard

Research Report

Was zu tun ist: AGENDA für mehr Beschäftigung in Deutschland

IAB-Kurzbericht, No. 15/1998

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Kleinhenz, Gerhard (1998) : Was zu tun ist: AGENDA für mehr Beschäftigung in Deutschland, IAB-Kurzbericht, No. 15/1998, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/158060>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Was zu tun ist **AGENDA** für mehr Beschäftigung in Deutschland

In aller Kürze

- Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sieht sich aus seiner Verantwortung als Forschungseinrichtung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) verpflichtet, unmittelbar am Beginn der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages den Handlungsbedarf und die Handlungsmöglichkeiten für mehr Beschäftigung und für die Überwindung der Arbeitslosigkeit aufzuzeigen. Das IAB geht dabei von seinem bereits 1996 vorgestellten Strategiebündel aus (vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 7/1996 und IAB-Werkstattbericht Nr. 5/1996).
- Mit der „AGENDA für mehr Beschäftigung“ werden darüber hinaus aufeinander abgestimmte Strategien sowie Handlungsmöglichkeiten globaler Beschäftigungspolitik und aktiver Arbeitsmarktpolitik gebündelt. Auf mittlere Sicht (von 4-5 Jahren) lassen sie eine entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit erwarten und tragen zur nachhaltigen Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes bei.
- Die AGENDA konzentriert sich auf die im IAB bearbeiteten Problem- und Handlungsfelder und ist in zwölf Punkten zusammengefaßt (s. Bild unten), ohne den Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf Endgültigkeit gegenüber der politischen Willensbildung zu erheben. Im IAB-Werkstattbericht Nr.10/1998 wird dieses Aktionsprogramm in seinen Einzelbereichen und Teilaspekten ausführlicher begründet und erläutert.

IAB-AGENDA '98

Flankenschutz

- Teilzeit ausweiten und Überstunden abbauen
- Arbeitsbedingungen und Entlohnung behutsam weiter differenzieren
- Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig verhindern
- Harten Kern der Arbeitslosigkeit auflösen

Wachstums- und Beschäftigungspolitik

- Pakt für mehr Beschäftigung schließen
- Auf Konsolidierungskurs bleiben und Nachfrage leicht beleben
- Standort weiter stärken
- Lohnzurückhaltung durch Vermögensbeteiligung flankieren

Orientierungen

- Neue Kultur der Selbständigkeit entwickeln
- Investitionen in Humankapital stärken
- Chancengleichheit im Erwerbsleben sichern
- Wandel der Arbeitswelt auch sozial gestalten

Die neuen Ausgaben des IABkurzberichts im Überblick

- Nr. 1 **Positive Zwischenbilanz für „Überbrückungsgeld-Empfänger“**
19.1.98 Wer die ersten drei Jahre übersteht, hat einen wichtigen Schritt beim Aufbau einer selbständigen Existenz getan
- Nr. 2 Beschäftigung: Formenvielfalt als Perspektive? - Teil 1
27.1.98 **Längerfristige Entwicklung von Erwerbsformen in Westdeutschland**
- Nr. 3 Beschäftigung: Formenvielfalt als Perspektive? - Teil 2
28.1.98 **Bestimmungsfaktoren für den Wandel der Erwerbsformen**
- Nr. 4 Wege zu mehr Beschäftigung: **Strategiebündel immer noch tragfähig**
3.2.98 Was ist aus den Vorschlägen des IAB vom Sommer 1996 geworden?
- Nr. 5 Jugendliche: **Im Sog der Arbeitsmarkt-Turbulenzen**
30.3.98 Erwerbstätigkeit der 15-24jährigen seit 1991 in Westdeutschland drastisch gesunken
- Nr. 6 **Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt 1998**
31.3.98 Alternativrechnungen des IAB für West- und Ostdeutschland
- Nr. 7 **Nachfrage nach Ausbildungsplätzen steigt auch 1998**
14.4.98 Inhaltliche und methodische Befunde aus der Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt
- Nr. 8 Großbritannien: „**Europas kranker Mann**“ genesen
17.4.98 Die wirtschaftliche Gesundung erfaßt nun auch den Arbeitsmarkt
- Nr. 9 **Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im vierten Quartal des Jahres 1997**
20.4.98 Arbeitsämter zunehmend an der Personalsuche beteiligt
- Nr. 10 Arbeitsmarkt Ostdeutschland: **Angebot an Arbeitskräften bleibt weiter hoch**
27.4.98 Auf mittlere Sicht ist nicht mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine stärker sinkende Erwerbsbeteiligung zu rechnen
- Nr. 11 Arbeitsmarkt Ostdeutschland: **Beschäftigungsaufbau braucht langen Atem**
28.4.98
- Nr. 12 Alle Jahre wieder: **Saisoneffekte in der Arbeitslosigkeit**
8.5.98 Für 1998 wird zwischen dem größten und kleinsten Saisoneinfluß wieder eine Differenz von 0,6 Mio Personen erwartet
- Nr. 13 Dänemark: **Erstaunlicher Umschwung am Arbeitsmarkt**
29.5.98 Erfolge durch angebots- und nachfrageorientierte Strategien
- Nr. 14 **Bildungsbeteiligung der Jugendlichen hat in Ostdeutschland 1995 Westniveau erreicht**
6.7.98 Arbeitsmarkt in den Neuen Bundesländern seit 1991 um 380 000 Personen entlastet - Probleme aber nur aufgeschoben

*Die Reihe **IABkurzbericht** gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie in den „**Veröffentlichungen**“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Tel. 0911/179-3025).*

IABkurzbericht

Nr. 15 / 28.9.1998

Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik

Monika Pickel

Technische Herstellung

Hausdruckerei der Bundesanstalt für Arbeit

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg

ISSN 0942-167X

IAB im Internet:

<http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an

Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz,
Tel. 0911/179-3113

Was zu tun ist

AGENDA für mehr Beschäftigung in Deutschland

Wachstums- und Beschäftigungspolitik

Hoher Beschäftigungsstand erfordert eine bewußte politische Gestaltung des Ordnungsrahmens und der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für das Wachstum und für die Ausschöpfung des Produktionspotentials

- 1. Hoher Beschäftigungsstand ist in unserer Sozialen Marktwirtschaft keine Utopie, sondern ein realistisches, mittelfristig erfüllbares Ziel der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, wenn alle Akteure in einem Pakt für mehr Beschäftigung zusammenwirken**

Trotz der Höhe der Arbeitslosigkeit und der Größe des gesamtwirtschaftlichen Defizits an Arbeitsplätzen (Arbeitslose plus Stille Reserve: 6 Mio - 7 Mio) ist es realistisch, das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes mittelfristig ernsthaft erreichen und den Beschäftigungsstand nachhaltig auf hohem Niveau stabilisieren zu wollen.

Hoher Beschäftigungsstand ist allerdings nur unter gesamtwirtschaftlichen Bedingungen möglich, die sowohl auf Geldwertstabilität und Wachstum als auch auf einen hohen Auslastungsgrad des Produktionspotentials ausgerichtet sind.

Von einer Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung kann auch in der Gegenwart nicht die Rede sein. Dies zeigen zum einen die Untersuchungen zur Beschäftigungs-

schwelle und die Analyse der wechselseitigen Zusammenhänge in leistungsfähigen mikro- und makroökonomischen Modellen. Darüber hinaus bestätigen diesen Befund sowohl die Zeit kräftigen Beschäftigungswachstums von 1983 bis 1992 in Westdeutschland als auch der Blick auf beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder.

In der Bundesrepublik Deutschland war allerdings in den 90er Jahren das reale Wachstum nicht ausreichend, um angesichts der Bemühungen um Kostenentlastungen und der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwächse für eine ausreichend hohe Nachfrage nach Arbeit zu sorgen.

Ein nachhaltig höherer Wachstumspfad wird nur mittel- bis langfristig erreichbar sein. Deshalb sind zur Er-

langung eines hohen Beschäftigungsstandes sowohl „passive“ Strategien der Minderung des Arbeitsangebots und der Aufteilung von Arbeit als auch eine insgesamt eher expansive Gestaltung der Bedingungen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erforderlich, insbesondere für private und öffentliche Investitionen.

Zur nachhaltigen Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes bedarf es einer längerfristigen Strategie der Erschließung gesellschaftlicher Potentiale an Kreativität, Innovation, Gründergeist, Investitions- und Leistungsbereitschaft. Dabei geht es um institutionelle Reformen zur Förderung dynamischen Wettbewerbs und der Angebotsbedingungen nicht zuletzt im Bereich des Arbeitsmarktes und der Sozialen Sicherung.

- 2. Bei konsequenter Verfolgung eines langfristigen Konsolidierungspfades für die Staatshaushalte ist eine leichte Lockerung der Restriktionen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage möglich**

Die Notwendigkeit einer konsequenten Politik des Abbaus der Staatsverschuldung und der Konsolidierung der Staatshaushalte findet grundsätzlich über die Grenzen von Interessengruppen und politischen Parteien hinweg Anerkennung. Das IAB-Strategiebündel für mehr Beschäftigung hatte 1996 eine zeitlich

verzögerte Konsolidierung der Staatshaushalte gefordert, die wegen der Entscheidungen zur Verwirklichung der Europäischen Währungsunion nicht zum Zuge kommen konnte.

Für die Bundesrepublik Deutschland steht nicht zur Debatte, von ei-

nem dem europäischen Stabilitätspakt gemäßen Kurs der Finanzpolitik abzurücken. Allerdings sind für das Haushaltsgebaren der nächsten Jahre keine zusätzlichen kurzfristigen Sparmaßnahmen erforderlich und keine Verschärfungen der restriktiven Bedingungen für die gesamtwirtschaftliche Ent-

wicklung. Zudem sind nach wie vor Umschichtungen bei den Staatsausgaben zugunsten der öffentlichen Investitionen möglich und in vielen Bereichen zur Deckung eines Nachholbedarfs oder zur Sicherung des Anschlusses an wissenschaftlich-

technologische und internationale Entwicklungen auch dringend geboten.

Möglichst frühe, verbindliche Entscheidungen für eine Entlastung der privaten Haushalte durch eine Steu-

erreform könnten schließlich auch unmittelbar (durch die Ankündigung) und als vertrauensbildende Maßnahmen für die Expansion des privaten Verbrauchs wirken.

3. Die Standortbedingungen für das Angebot sind nachhaltig zu verbessern: Regulierungen, Steuer- und Abgabenbelastung sind weiter zu beschränken und die Lohnnebenkosten durch Einsparungen, Umfinanzierung und Reformen der Sozialen Sicherung zu senken

Im IAB-Strategiebündel (1996) war als Teil der fiskal- und sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten eine Senkung von Lohnnebenkosten durch Umfinanzierung und Einsparungen im Bereich der Sozialen Sicherung empfohlen worden.

Die Lohnnebenkosten haben in Deutschland mit ca. 80 % der Direktentgelte einen erheblichen Anteil an den gesamten Lohnkosten erreicht. Gerade aus Sicht der Arbeitnehmer steht der verfügbare

Lohn nach Abzug der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer in einem nicht mehr vertretbaren Mißverhältnis zum „Produzentenlohn“, bzw. den Arbeitskosten, mit denen der Arbeitgeber kalkulieren und die der Arbeitnehmer, z. B. als Kunde eines Handwerkers, bezahlen muß.

Ein großer Teil der (unterschiedlich abgrenzbaren) versicherungsfremden Leistungen dürfte nicht mehr durch die direkte Belastung der ab-

hängigen Erwerbsarbeit finanziert werden. Zur Umfinanzierung bieten sich Belastungen des Konsums durch Anhebung der Mehrwertsteuer oder durch intelligente Energiesteuern an.

Eine Reform der Sozialen Sicherung dient den Interessen der Arbeitnehmer und stärkt den Solidargedanken, wenn Mißbrauch konsequent kontrolliert, Mitnahmeeffekte vermieden und für eine anreizgerechte Eigenbeteiligung gesorgt wird.

4. Entfaltung einer stabilen Kultur beschäftigungsorientierter Tarifpartnerschaft: Weitere Lohnzurückhaltung sollte durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer an Vermögen und Ertrag flankiert werden

Die Tarifparteien haben in den letzten Jahren ihr Angebot für ein Bündnis für Arbeit eingebracht und eine maßvolle Tariflohnpolitik betrieben. Sie haben dadurch erheblich zur Kostenentlastung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beigetragen. Die Beschäftigungseffekte einer zurückhaltenden Lohnpolitik kommen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang erst verzögert voll zum Tragen. Daher bedarf es bei den Tarifpartnern eines langen Atems und in die Zukunft weisender Signale für die Ausbildung einer stabilen Kultur des Vertrauens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im beiderseitigen Interesse an einem hohen Standard lohnender Beschäftigung am Standort Deutschland.

In den neuen Bundesländer bedarf es einer solchen Politik der Lohnzurückhaltung in besonderem Maße und noch für längere Zeit, weil in weiten Bereichen die Produktivität hinter der Einkommensentwicklung zurückgeblieben ist und die Wertschöpfung im gewerblichen Sektor, insbesondere im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe gesteigert werden muß.

Für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften kann eine solche zurückhaltende Lohnpolitik mit Formen der Vermögensbeteiligung (investiver Ertragsbeteiligung, „Investiv-Lohn“) verbunden werden und so auch längerfristig annehmbar sein.

Nur eine breite, verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen kann eine Änderung der Einkommensverteilung zu ihren Gunsten bewirken. Sie würde zudem der veränderten Rolle der Arbeitnehmer in den Unternehmen entsprechen und das Eigeninteresse der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg stärken. Vermögensbildungspolitik könnte schließlich auch der Verwirklichung der Vorstellung dienen, daß alle Bürger der im Weltmaßstab eben doch wohlhabenden Bundesrepublik Deutschland neben dem Einsatz ihrer Arbeitskraft einen deutlich größeren Anteil ihrer Existenzsicherung und Altersversorgung aus (über Investment- und Pensionsfonds ggf. weltweit gestreuten) Kapitalanlagen erzielen.

Flankenschutz

Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsstrategie bedarf der Flankierung durch Aufteilung vorhandener Arbeit und aktive Arbeitsmarktpolitik

- 5. Zu angemessener Teilhabe an Erwerbsarbeit für alle kann auch eine andere Verteilung des Arbeitsvolumens beitragen, insbesondere mehr freiwillige Teilzeitarbeit und der Abbau von Überstunden**

Die **Teilhabe an Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel zur Verteilung von Lebenschancen**. Da der konjunkturelle Aufschwung die bestehenden Arbeitsmarktprobleme allein nicht lösen kann und ausreichendes Wachstum kurzfristig nicht zu erzielen ist, können auch Strategien der Aufteilung von Arbeit eine flankierende Rolle bei der Überwindung von Arbeitslosigkeit spielen.

Dabei bietet sich zunächst der Abbau von Überstunden durch befristete Beschäftigung und Zeitarbeit an. Einer einheitlichen Arbeitszeitverkürzung (ob mit oder ohne Lohnausgleich) sind alle Möglichkeiten frei gewählter Teilzeitarbeit vorzuziehen. Im Rahmen der gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen kommt es vor allem auf die breite Umsetzung intelligenter Lösungen

an, für die betrieblichen Flexibilitätserfordernisse einerseits und die Arbeits-, Einkommens- und Freizeitbedürfnisse der Beschäftigten andererseits.

- 6. Durch Qualifizierung sowie durch behutsame Differenzierung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung, von Steuern, Sozialabgaben und Transfers können neue Beschäftigungsmöglichkeiten auch für Geringqualifizierte und nur eingeschränkt Leistungsfähige erschlossen werden**

Für geringqualifizierte und leistungsbeeinträchtigte Personen ist die Vermittlung beruflicher Fähigkeiten die vorrangige beschäftigungspolitische Option. Darüber hinaus ist nach Wegen zu suchen, die für diese Gruppe neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen.

Tatsächlich sind in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeiten der Differenzierung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung größer als weithin angenommen. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe legen zwar gewissermaßen eine vom früheren Erwerbseinkommen abhängige und Sozialhilfe eine sozialkulturelle Einkommensuntergrenze

fest. Trotzdem lässt sich in Deutschland - auch durch öffentliche Förderung - weitere Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnsektor erschließen.

- In weiten Bereichen der gewerblichen Wirtschaft ist von inzwischen „wegrationalisierten“ Beschäftigungsmöglichkeiten auszugehen, die eine weitergehende Differenzierung längerfristig wieder entstehen lassen könnte.

- Für Langzeitarbeitslose sind angesichts der Entwertung von Qualifikationen und des Fehlens betriebspezifischen Wissens besondere Formen einer qualifizierenden Ein-

gliederung oder vielfach stärker abgesenkte Einstiegstarife (auch mit dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Leistung“) vereinbar und angemessen.

- Haushaltsbezogene Dienstleistungen können zu den in Deutschland überhaupt und im internationalen Vergleich unterentwickelten Wirtschaftsbereichen gerechnet werden. Gerade im Bereich der haushaltsbezogenen Dienste könnte daher - z.B. durch weiter verbesserte steuerliche Abzugsmöglichkeiten - ein aufnahmefähiges Beschäftigungsfeld auch für Geringqualifizierte und Leistungsbeeinträchtigte erschlossen werden.

7. Der Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit und der Verhärtung von Arbeitslosigkeit bei Problemgruppen kann durch Früherkennungssysteme und frühzeitige Eingliederungsmaßnahmen begegnet werden

Das anhaltend hohe gesamtwirtschaftliche Defizit an Arbeitsplätzen führt zu einem Ausleseprozeß unter den Arbeitskräften. Im Ergebnis steigt der Anteil von Langzeitarbeitslosen, die über Mehrfacharbeitslosigkeit und überdurch-

schnittlich lange Dauer der (ununterbrochenen) Arbeitslosigkeit einen hohen Anteil des Gesamtvolumens der Arbeitslosigkeit zu tragen haben. Die Arbeitsförderung muß daher versuchen, mit Früherkennungsverfahren die potentiell Lang-

zeitarbeitslosen auszuwählen und durch einen frühzeitigen individuell ausgerichteten Eingliederungsplan die Verhärtung von Arbeitslosigkeit zu verhindern.

8. Zur Auflösung des sich verhärtenden Kerns von Langzeitarbeitslosigkeit sind gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einzusetzen, verpflichtende Beschäftigungsangebote und sinnvolle Übergänge in den Ruhestand zu erproben

Die arbeitsmarktpolitischen Grundsätze eines Vorranges präventiver Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und der Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt werden vielfach nicht ausschließen können, daß eine Verhärtung von Arbeitslosigkeit in Problemregionen oder bei Problemgruppen auftritt. In einem gewissen Umfang werden die Qualifikationsdefizite oder der Schulungsbedarf der Betroffenen nicht mehr durch die normalen Beratungs- und Bildungsangebote überwunden werden können und die Chancen einer Eingliederung in den

ersten Arbeitsmarkt nach menschlichem Ermessen nur noch verschwindend gering sein.

- Für mehrjährig Arbeitslose und in Ostdeutschland wird noch längere Zeit auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen mit Lohnsubventionen nicht verzichtet werden können.

- Für einen sich verhärtenden Kern von Langzeitarbeitslosen könnten Formen der befristeten Kombination von Arbeits- und Sozialeinkom-

men („Kombi-Lohn“) als Anreiz zur Arbeitsaufnahme erprobt und zur Erschließung eines Beschäftigungssegments im Niedriglohnbereich genutzt werden.

- Schließlich sollten für einen harten Kern Langzeitarbeitsloser verpflichtende Beschäftigungsangebote (entsprechend der Arbeitsfähigkeit) in Erwägung gezogen werden, die von den Arbeitsämtern in Verbindung mit freien Trägern oder von den Kommunen bereitzustellen wären.

Orientierungen

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist an Leitlinien einer nachhaltigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu orientieren, die die Sicherung eines hohen Standes an wettbewerbsfähiger, sozial und human befriedigender Beschäftigung am Standort Deutschland gewährleisten

- 9. Die Startchancen für Unternehmensneugründungen und der Aufbau selbständiger Existenzen sind insbesondere durch leichteren Zugang zum Startkapital weiter zu verbessern. Die Existenzgründung ist auch als Weg aus der Arbeitslosigkeit weiter zu fördern.**

Es bedarf der Gründung neuer Unternehmen, neuer Gründerjahre, wenn der Prozeß des Beschäftigungsabbaus bei schrumpfenden und aufgelösten Unternehmen nicht zu einem gesamtwirtschaftlichen Verlust an Arbeitsplätzen, sondern letztlich zu mehr Beschäftigung führen soll. Eine neue Kultur der Selbständigkeit ist zu entwickeln und die gesellschaftliche Akzeptanz des Unternehmertums zu fördern.

In bezug auf die Teilhabe am Sachvermögen, insbesondere aber in bezug auf den Zugang zu Risiko-

kapital für die Gründung einer selbständigen Existenz, ist die Verwirklichung von Startchancengerechtigkeit trotz verstärkter Gründerförderung bislang noch nicht annähernd bzw. überhaupt nicht politisch in Angriff genommen.

Vor allem ein leichter Zugang zu Fremdkapital könnte vermögenslosen Existenzgründern, insbesondere solchen aus Arbeitslosigkeit, eine Basis für die Entwicklung und Umsetzung ihres Unternehmenskonzeptes ermöglichen.

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert seit 1986 mit Überbrückungsgeld (§ 57 SGB III) die Gründung selbständiger Existenzen aus der Arbeitslosigkeit. Seither wurden die Förderkonditionen mehrmals modifiziert und die Leistungen für die Geförderten verbessert. Dies ist ein ausbaufähiger Schritt der Weiterentwicklung der Arbeitsförderung für abhängig Beschäftigte, der die Bedeutung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) als umfassend kompetente Institution für alle Formen von Beschäftigung und Erwerbsarbeit unterstreicht.

- 10. Die Investitionen in Humankapital müssen verstärkt werden. Um allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu eröffnen, ist insbesondere das System der Berufsausbildung den neuen Herausforderungen anzupassen. Für die Erwerbstätigen ist eine (konzertierte) Aus- und Weiterbildungsoffensive zu entwickeln**

Die Qualifikation der Menschen bestimmt den komparativen Vorteil der Bundesrepublik im globalen Wettbewerb. Da die Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt der Zukunft unzweifelhaft erheblich zunehmen werden, sind die Investitionen in das Humankapital als zentrale Strategie zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu verstärken.

Das duale System der Berufsausbildung gehört vermutlich zu den besten Erfindungen des deutschen Wirtschafts- und Beschäftigungssystems. Dennoch scheinen Befürchtungen begründet, ob das duale System der Berufsausbildung quantitativ und qualitativ den Herausforderungen gegenwärtig und in Zukunft noch gerecht werden kann.

Solche Befürchtungen fordern dazu heraus, das duale Berufsausbildungssystem durch Anpassung an diese Herausforderungen weiter zu stärken.

Berufliche Ausbildung im eigenen Betrieb dürfte bei langfristiger, umfassender (und vorurteilsfreier) Rechnung grundsätzlich für den ökonomisch-rational handelnden Unternehmer selbstverständlich sein. Eine quantitative Offensive bei der dualen Berufsbildung dürfte (angesichts des absehbaren Rückgangs der Jahrgangsstärken) zudem die letzte Chance für viele Betriebe sein, noch ein größeres Potential an gut qualifizierten Fachkräften längerfristig an sich zu binden. Die qualitative Weiterentwicklung des Systems der Berufsausbildung verlangt eine

schnellere Reaktion auf neue Berufsbilder oder wachsende Beschäftigungsfelder sowie die Möglichkeit eines flexiblen Erwerbs der vollen Berufsqualifikation.

„Lebenslanges Lernen“ wird schon allein als Konsequenz aus der Veränderung der Altersstruktur des Erwerbspersonenpotentials von einer Forderung in Festreden zunehmend zur Alltagswirklichkeit für Betriebe und Erwerbstätige werden müssen. Weiterbildung und Umschulung beruflich Qualifizierter kann die „Älteren“ nicht ausgrenzen und sollte - bei einem Ziel-Verrentungsalter von 65 Jahren - auch für 50- und 55jährige noch wirtschaftlich lohnend erscheinen.

11. Bei den Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und für mehr Beschäftigung ist vor allem auf die Beseitigung der historisch gegebenen Benachteiligungen von Frauen und auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu achten

- Strategien zur Umverteilung von Arbeit sollten vorrangig darauf gerichtet sein, Potentiale für Teilzeitbeschäftigung bei Männern zu erschließen. Da deren Arbeitszeitwünsche selten auf Halbierung gerichtet sind, muß ein Anreiz durch attraktive Teilzeitmodelle (z. B. $\frac{2}{3}$ -, $\frac{3}{4}$ - oder $\frac{9}{10}$ -Stellen) geschaffen werden. Davon könnten gleichermaßen auch die Frauen profitieren.
- Gesellschaft und Unternehmen sollten Bemühungen um partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit auch beim beruflichen Aufstieg anerkennen und fördern.
- In der betrieblichen Personalpolitik kann nicht mehr von geschlechtsspezifisch typischen Berufen ausgegangen werden. In der betrieblichen Weiterbildung könnten vor allem die frei gewählten Phasen des Erziehungsurlaubs von Männern und Frauen zur Erhaltung und Anpassung beruflicher Qualifikationen
- und zur Aufrechterhaltung des Berufskontaktes (über Aushilfen etc.) genutzt werden.
- Frauen sollten bei der Verwirklichung ihrer Erwerbswünsche die Möglichkeit der Selbständigkeit verstärkt berücksichtigen können.

12. Der Wandel der Arbeitswelt und der Erwerbsformen sollte mit mehr Offenheit angenommen und bewußt auch sozial gestaltet werden

- Wirtschaftlicher Strukturwandel ist aufgrund des Zeitbedarfs der Anpassungsprozesse bei Unternehmen und Erwerbspersonen eine der Ursachen von Arbeitsmarktkrisen. Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrisen können ihrerseits - neben der Überfrachtung des „Normalarbeitsverhältnisses“ mit Sozialkosten und Regulierungen - den Wandel der Arbeits- und Erwerbsformen verschärfen. Zurückgestauter Strukturwandel aber beeinträchtigt die Bewältigung von Krisen, mindert die Wachstumschancen und somit die Nachfrage nach Arbeit. Der Versuch, den Wandel der Arbeitswelt zu unterbinden, würde eher zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit oder zu einer Zunahme der Schwarzarbeit als zu einer Steigerung der regulären Erwerbstätigkeit führen. Auch der Gedanke der sozialen Abschirmung der vom Wandel der Arbeitswelt Betroffenen würde keinen besseren Weg weisen können, als den Suchprozeß des Marktes auch im Bereich neuer Erwerbsformen zuzulassen, zumal dieser Wandel auch mit den veränderten Einstellungen zur Erwerbsarbeit zusammenhängt.
- Aus beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Perspektive sollte diesem Wandel möglichst Raum zur Entfaltung gegeben werden. Aus sozialpolitischer Perspektive sind die neuen Erwerbsformen ebenso schutzbedürftig wie Arbeitnehmer oder verschiedene Gruppen von Selbständigen. Eine **Versicherungspflicht** für alle Formen der Erwerbsarbeit (in Höhe des sozialkulturellen Existenzminimums) ist auch aus Gründen der Leistungsgerechtigkeit (als minimale Regulierung) geboten.